

September 2010

Bildungsprognose als Standortfaktor

Deutschland wird dümmere? Mancherorts jedenfalls. Pisa-Test und Notstandsberichte aus manchen Städten belegen ein regionales Gefälle von Bildungsanstrengung und Bildungserfolg. Betriebe merken dies an Lehrlingen und Bewerbern. Wenig bedacht sind die wirtschaftlichen Folgen des nur prognostizierten (!) Intelligenzverfalls und Fachkräftemangels. Unternehmen wählen Standorte danach aus, ob sie langfristig rentabel sind, und bewerten das potentielle Standort-Humankapital. Große Unternehmen investieren verstärkt im Ausland. Das mindert künftigen Export und bedroht Deutschland als Forschungs- und Entwicklungsstandort.

Innerhalb Deutschlands streben kapitalintensive Investitionen zu erfolgreichen Bildungsorten. Wer heute in Verliererstandorte investiert, muß besondere Gründe haben. Daß Daimler 18 Millionen Euro nach Bremen gibt, ist als Ausbauinvestition in ein vorhandenes Werk begreifbar. Die aktuelle Industrierwerbekampagne Berlins wird scheitern - solange kein tragfähiges Konzept für nachhaltige Bildungspolitik erkennbar ist. Wiederkehrende Zeitungsberichte über schulische Mißstände sind eine Belastung für die Standortqualität. In Unternehmen wird solche Standortbewertung diskutiert, nicht aber gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Dort wird Kritik als Beleidigung abgetan, schon um eigene geistige Anstrengung zu vermeiden ("Sarrazin-Effekt"). Die Antwort an die Unternehmen lautet: Sie müßten nehmen, was kommt, und die Versäumnisse durch „Nachhilfe“ kompensieren. Das tun Unternehmen auch, aber nicht aus gesellschaftlicher Pflicht, sondern dann, wenn sich solche Nachschulung für sie lohnt. Und das ist bei Menschen ohne Bildungshorizont nicht der Fall; ökonomisch sinnvoller ist insofern die Suche nach Standorten mit Potential. Ein Vorwurf ist daraus nicht zu stricken: Unternehmen sind nicht dazu bestimmt, Staatsversagen zu kompensieren.

Damit ist ein Teufelskreis eröffnet: Schwindet die Wirtschaft, fehlt das Geld und fallen Bildungsanstrengungen noch schwerer. Die Lebensverhältnisse werden sich stärker auseinanderentwickeln; „gleichwertige Lebensverhältnisse“ (Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz) kann der Staat nicht herstellen. Die Südländer dürfen den Finanzausgleich auch als Preis dafür begreifen, daß sie Investitionen und intelligente Menschen anlocken und Problemstandorte dafür bezahlen, daß jene die Transferempfänger und deren Probleme behalten. Berlin bleibt sexy.